

# Der Wandel einer Gesellschaft

## Zeitzeugen erinnern sich an die 60er Jahre

Vor 30 Jahren erreichte die sogenannte 68er-Bewegung ihren Höhepunkt. Das Jahr mit seinen Unruhen und Massendemonstrationen wurde zu einem Markstein in der Geschichte der jungen Bundesrepublik, die eine politische und gesellschaftliche Identitätskrise erschütterte.

**L**eben wir in einer Bananenrepublik? Werden wir von Gorillas regiert? Diese Fragen, die Schriftsteller Hans Magnus Enzensberger Ende der 60er Jahre in seiner zynischen Kritik der Notstandsgesetze stellte, sind bewußt völlig überspitzt. Doch seine provokative Forderung „Eine Bananenrepublik lassen wir aus unserem Land nicht machen“ hätten damals Tausende vor allem junger Menschen sofort unterschrieben.

Der 2. Juni 1967 – ein Schlüsseldatum deutscher Nachkriegsgeschichte: Bei den Berliner Demonstrationen gegen den Staatsbesuch von Schah Reza Pahlevi erschießt ein Polizist den Studenten Benno Ohnesorg. Agenten des iranischen Geheimdienstes Savak schlagen mit Stöcken in die Menge. Die Polizei reagiert nicht, veranstaltet ihrerseits eine regelrechte Jagd auf Demonstranten. Panik bricht aus. Am Tag danach herrscht in Berlin Ausnahmezustand. Demonstrationen werden verboten. Die Tagespresse schürt mit Titeln wie „Wer Terror sät, erntet Härte“ den Konflikt. Politiker und Polizei sprechen von einer „Terrorisierung der Stadt und ihrer Bevölkerung durch radikale Müßiggänger“, vom „Mißbrauch des Demonstrationsrechts“, vom „zügellosen Treiben einer Minderheit wirrköpfiger, hysterischer, notorischer Radaumacher“. Doch das Ereignis hat Signalwirkung für Deutschland. Was als begrenzter studentischer Protest gegen defizitäre Studienbedingungen begann, entwickelt sich zur Massenbewegung mit weit darüber hinausreichenden politischen Zielen. Die Fronten verhärten sich, Lagermentalität entsteht. Für die Außerparlamentarische Opposition (APO) stellt sich jetzt die Gewaltfrage. Rudi Dutschke, Chefideologe des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS), ruft zu Kampfaktionen auf.

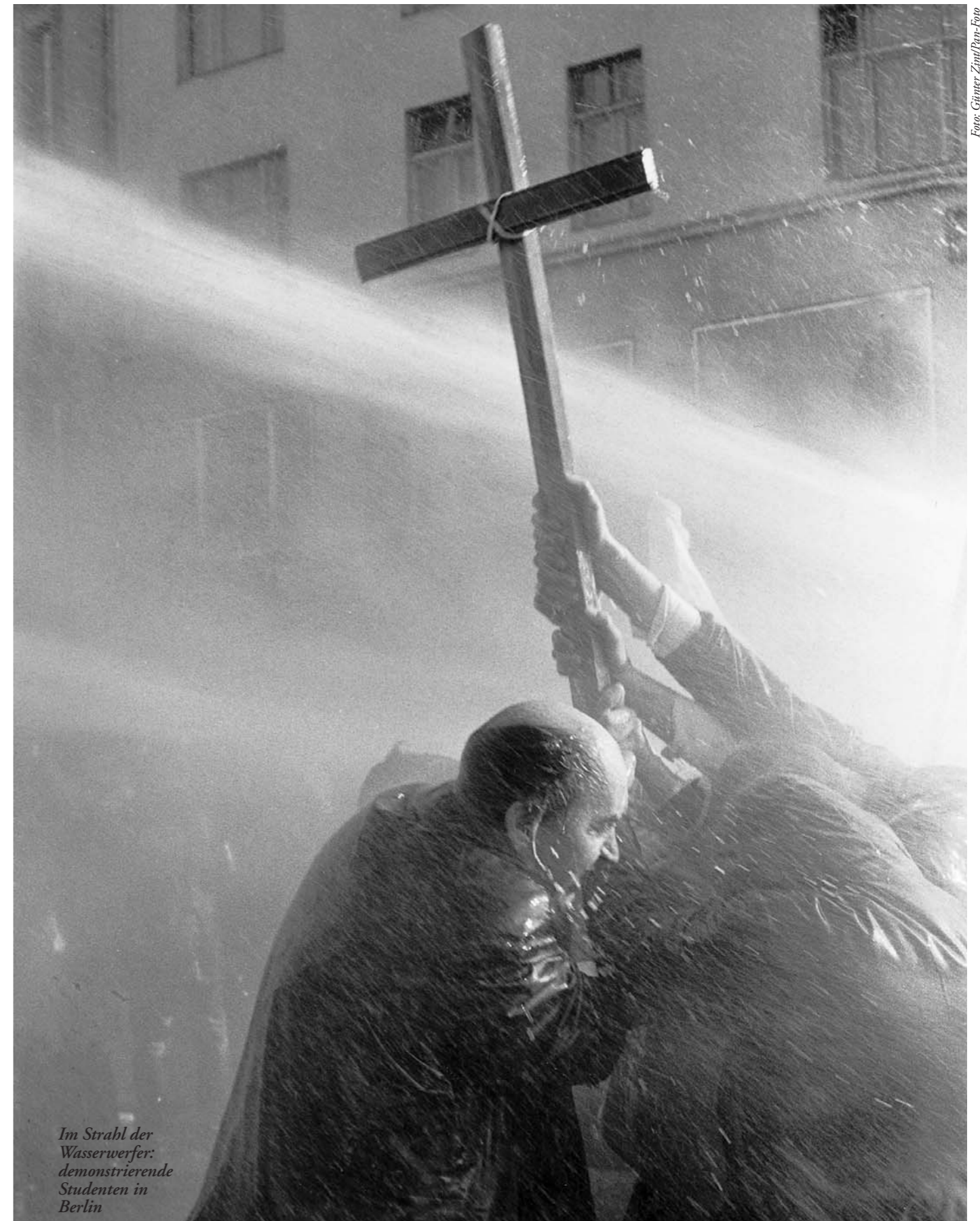
Als der Weinheimer Abiturient Rainer Gutjahr, gerade vom Wehrdienst zurückgekehrt, 1965 im Alter von 21 Jahren sein Studium an der Heidelberger Universität in den Fächern Geschichte und Politik antrat, war von Aufruhr noch wenig zu spüren. Erste Aktionen in Berlin richteten sich gegen undemokratische Universitäten, die Spießigkeit der Adenauer-Ära, autoritäre Erziehung oder prüde Sexualmoral. Auch an der Universität Heidelberg „mehrte sich Kritik, vor allem an der autoritären Hochschulpolitik, der schlechten Ausstattung, am vielzitierten Bildungsnotstand“, so Gutjahr. Die bundesweiten Ostermärsche, an denen 1967 rund 150 000 Menschen ihrer Kritik am Vietnamkrieg, ihren Forderungen nach Abrüstung und Frieden Luft machten, setzten neue, politische Akzente. „Ein entscheidendes Datum für mich war der 30. November 1966“, erinnert sich Gutjahr, „der Tag einer Protestkundgebung gegen die Große Koalition. Da bin ich hin, als erster Akt, mich politisch einzubringen. Heute denke ich, daß es wohl keine Alternative zu dieser Koalition gab. Damals aber befürchteten wir zu Recht, daß nun extremen Kräften wie der NPD eine Plattform geschaffen wird. Für mich bedeutete dieser insofern vernünftige Protest den Anfang einer bewußten Politisierung mit eindeutiger Stellungnahme. Konkret machte ich ab 1966 einen Schwenk in Richtung SPD, nachdem mich zuvor mein Weg schon von der CDU zur FDP geführt hatte. Ich bin aus der national-konservativen Ecke rausgerückt.“ Als „ganz normaler Student“ nahm Gutjahr nun öfters an Demonstrationen teil, die einigen Eindruck auf ihn machten. Gewalt aber war für den jungen Geisteswissenschaftler wie für viele andere kein Mit-

### Politkampf mit Knüppeln und Steinen

tel des Protests. „Bedenken habe ich bekommen, als ein Wortführer bei einer Kundgebung sagte: ‚Argumente können am Podium abgeholt werden.‘ Diese Argumente aber waren Steine, und das hat mir nicht behagt.“ Tatsächlich radikalisierte sich die Bewegung. „War es bislang eher friedlich zugegangen, änderte sich das ab 1967.“

Als Reaktion auf die Große Koalition und die zunehmende Unbeweglichkeit des Bundestags formierte sich 1967 die APO, woran der SDS maßgeblich Anteil hatte. Der 1947 gegründete Studentenbund hatte sich 1961 von der SPD gelöst, vertrat sozialistische, zunehmend marxistisch-leninistische Positionen und forderte früh eine Demokratisierung der Hochschulen, prangerte das „postfaschistische System“ und mit eher zweifelhaftem demokratischen Anspruch die erstarrte „formale Demokratie“ an. Eine weitere Wurzel der APO waren die Ostermärsche, an denen alljährlich Zehntausende, darunter viele Anhänger pazifistischer und christlicher Gruppen, teilnahmen. Erstmals hatte Dutschke 1966 während einer Protestwoche gegen den Vietnamkrieg von „Außerparlamentarischer Opposition“ gesprochen. Der SDS machte aber nur einen Teil der Bewegung aus, deren gesellschaftliche Basis sich Ende 1967 spürbar verbreiterte. Selbst Schüler begannen zu protestieren und organisierten sich. „Ich bin nirgends eingetreten“, betont Rainer Gutjahr, „obwohl ich durchaus Beziehungen zu Leuten im SDS hatte. Die Ideologie war allgegenwärtig, und wo immer sich Studenten trafen, nutzten SDS-Mitglieder die Gelegenheit für quasi private Kurse in Marxismus-Leninismus.“ Begeistert nahmen junge Leute die Theorien des Philosophen Herbert Marcuse auf, der vor einer gleichgeschalteten Politik warnte, Studenten die Rolle einer revolutionären Avantgarde zugestand und das Prinzip „Lust statt Leistung“ ausrief. Große Breitenwirkung erzielte Existenzphilosoph und Demokratieverfechter Karl Jaspers mit Schriften wie „Die Schuldfrage“ oder „Wohin treibt die Bundesrepublik?“. An die Stelle von linken Theoretikern wie Jürgen Habermas oder Theodor W. Adorno, die sich von der radikalisierten Bewegung abwandten, traten noch stärker Marx und Mao.

An Dutschke entzündeten sich 1968 die Emotionen. Von der Boulevardpresse, die eifrig



*Im Strahl der Wasserwerfer: demonstrierende Studenten in Berlin*

gegen die „langhaarigen Affen“ und „roten Polit-Gammler“ wettete, wurde er zum „Rädelsführer“ gestempelt. Zwangsläufig machte der SDS die „systematische Hetze der Springer-Presse“ dafür verantwortlich, daß in Berlin im April 1968 ein Arbeiter Dutschke mit drei Pistolenschüssen lebensgefährlich verletzte. Das Attentat stand für die Zerrissenheit der Gesellschaft. „Ich war so in Haß“, erklärte der Täter später vor Gericht. Es folgten mehrtägige Osterunruhen mit schweren Straßenschlachten. Im Mittelpunkt stand die „Springerblockade“, bei der in vielen Städten die Auslieferung von Zeitungen behindert wurde. „Auch in Heidelberg“, so Gutjahr, „flogen Farbbeutel und Steine, rückte die Polizei mit vergleichsweise übertriebener Härte und wiederholt mit von auswärts verstärkten Einsatzkräften und Wasserwerfern an.“ Bilanz laut „Spiegel“ vom 22. April: zwei Tote in München sowie 400 Schwer- und Leichtverletzte. Ende des Monats gestand der Bundestag eine innenpolitische Krise ein. Doch schon jetzt zeigten sich die Grenzen der 68er-Bewegung. Massendemonstrationen wie der Sternmarsch in Bonn mit rund 70 000 Teilnehmern und massive Proteste der APO konnten nicht verhindern, daß die in der Bevölkerung sehr umstrittenen Notstandsgesetze, die die Bürgerrechte im inneren oder äußeren Spannungsfall aufheben konnten, verabschiedet wurden.

Gutjahr erlebte in Heidelberg mit, wie die Stimmung immer aggressiver wurde. „An der Uni war der Ton ständig gereizt. In Vorlesungen

wurde heftig diskutiert, Beteiligung gefordert, Go-ins wurden veranstaltet. Manche Professoren blieben unbehelligt, andere wurden zur Zielscheibe. Die meisten Professoren konnten mit dieser neuen Situation nicht umgehen. Selbst beim Rektor war die erste Reaktion Hilflosigkeit, dann folgte Druck, etwa die Schließung der Hochschule. Das Verhältnis war schwer belastet.“ Auf der Straße entlud sich der Zorn nicht nur in Demonstrationen, „bei denen es Gewalt auf beiden Seiten, auch zwischen linken und

### Aufbruch mit neuen Zukunftsperspektiven

rechten Studenten, gab. Die geladene Stimmung in der Bevölkerung machte uns zu schaffen. Wir wurden mit Farbbeuteln beworfen. Schlimm war, wenn man in der Straßenbahn hörte: ‚Das hätte es bei Hitler nicht gegeben‘, oder als ein Bauunternehmer seine Leute mit Ketten auf Studenten hetzte, um eine rote Fahne einholen zu lassen. Von den Zeitungskampagnen gegen die Studenten habe ich mich ebenfalls mißhandelt gefühlt.“ Als in Heidelberg im Januar 1969 fünf Studenten wegen Haus- und Landfriedensbruch verhaftet wurden, ging noch einmal eine Protestwelle durch die Republik. Und auch die Stadt am Neckar erlebte eine der Rote-Punkt-Aktionen mit Straßenbahnblockaden, die in Hannover wegen Fahrpreis-

erhöhungen ihren Anfang genommen hatten. „Geregeltes Studieren war nur begrenzt möglich“, so Gutjahr, „was besonders für die problematisch war, die wenig Geld hatten. Beteiligt haben sich trotzdem die meisten. Mich hat es ein oder zwei Semester gekostet, doch sind auch ganze Karrieren kaputtgegangen. Es gab Strafprozesse wegen Sachbeschädigung, Körperverletzung oder Beleidigung. Wer sein Studium als Vorbestrafter beendete, konnte eine Lehrerlaufbahn abschreiben. Schon eine frühere SDS-Mitgliedschaft war Anfang der 70er problematisch.“

„Mit Sicherheit wurde auch ein Generationskonflikt ausgetragen“, meint Gutjahr. „Viele Menschen wurde bewußt, daß die deutsche Geschichte seit 1945 nicht aufgearbeitet war. Es war ein Anliegen, Bescheid wissen zu wollen, die braune Vergangenheit nicht mehr zu verdrängen. Die Erfolge der NPD und die aufgedeckten Nazi-Verstrickungen von Politikern unterstrichen diesen Bedarf. Wer nachgefragt hat, wurde allerdings schnell in die linke Ecke gerückt. Schon deshalb blieb man von Ideologie kaum unberührt. Und 1968/69 war die Bewegung derart ideologisch, daß sich einzelne Gruppen in die Haare gerieten. Zerfasert hat sie auch die Frage der Gewalt. Sehr viele waren dagegen, während manche sagten: ‚Diejenigen, die im Besitz der Wahrheit sind, haben das Recht zu Gegenwehr und Gewalt.‘“

Zersplitterung und Enttäuschungen markierten den Anfang vom Ende der 68er. Davon blieb der SDS, den der innere Zwiespalt zwischen anti-

autoritärem Protest und vollkommener marxistischer Orientierung in eine Krise stürzte, nicht verschont. Scharfe Richtungskämpfe führten 1970 zu seiner Auflösung. Während einige 68er eine Heimat in der DKP oder anderen linken Gruppierungen fanden, zog es sehr viele in die SPD, die mit Willy Brandts Parole „Mehr Demokratie wagen“ 1969 die Bundestagswahl gewonnen hatte. Wenngleich Brandt als Bundeskanzler die militanten Aktionen ablehnte, nahm die Koalition viele politische Impulse der 68er auf, die nicht allein in die Bildungsreform mündeten. 1970 förderte eine Amnestie die Wiedereingliederung von Demonstrationsstrafgeurteilten. Einige 68er blieben politisch engagiert, andere arrangierten sich, zogen sich desillusioniert zurück oder distanzieren sich ganz von der Bewegung. Da Alt-68er mehr und mehr gesellschaftliche Verantwortung übernahmen, erfüllte sich Dutschkes Vision vom „Marsch in die Institutionen“ zumindest äußerlich. Sein revolutionärer Impetus allerdings war verpufft. Nur eine kleine Minderheit radikalisierte sich und rutschte in den Terrorismus der RAF ab, die jedoch scharf mit Zielen und Traditionen der 68er brach, sich diese aber zunutze machte.

Rainer Gutjahr schloß 1971/72 sein Studium ab und arbeitet bis heute als Gymnasiallehrer. Seine Bekannten von damals sind bei der SPD oder den Grünen gelandet. „Viele Forderungen waren Utopie“, resümiert er. „Aber es bewirkte etwas. Das zeigte sich schon an der Kleidung. Vor 1968 ging man mit Anzug und Krawatte an die Uni. Das war danach nicht mehr denkbar. Manche waren plötzlich völlig umgedreht. Für uns war ganz selbstverständlich gewesen, zur Bundeswehr zu gehen. Wir hatten den Kalten Krieg akzeptiert. Keiner wäre auf die Idee gekommen zu verweigern. Das hat sich alles ins Gegenteil verkehrt. Es hat bei allen unschönen Auswüchsen und Auseinandersetzungen eine gesellschaftliche Öffnung in der Bundesrepublik stattgefunden. Es war ein Aufbruch mit neuen Zukunftsperspektiven, mit einem neuen Denken und einem völlig veränderten Bewußtsein. Jeder wurde damals gezwungen, Stellung zu beziehen. Das Demokratieverständnis sensibilisierte sich. Es war ein Bruch in der Zeit. Brandt wurde zum Hoffnungsträger. Ich hatte plötzlich ein ganz anderes Lebensgefühl, über das meine Eltern den Kopf schüttelten. Atmosphärische Dinge, Musik, die Flower-Power-Bewegung aus Amerika spielten mit eine Rolle. Man lebte freizügiger, verlor gesellschaftliche Ketten. Heute fehlen sicherlich Visionen. Derzeit erleben die Menschen Politik als Stagnation. Damals war man der Auffassung, der Politik eine neue Richtung geben zu können.“

Alexander Werner

## Konfrontation war der falsche Weg Heinrich Albrecht über den 2. Juni 1967 und die Folgen



Heinrich Albrecht (1915–1993), hier beim Evangelischen Kirchentag in Frankfurt 1987

Als der Schah 1967 Berlin besuchte, war der evangelische Theologe Heinrich Albrecht (SPD) Regierender Bürgermeister. Die Demonstrationen und der Tod von Benno Ohnesorg brachte die Regierung Albrecht zu Fall. Wolfgang Stelljes sprach 1992 mit dem Pfarrer i.R., wenige Monate vor dessen Tod am 18. Mai 1993.

### Wie erinnern Sie sich an den 2. Juni 1967?

Zunächst mal hadere ich mit meinem Gott, daß diese schreckliche Geschichte mit dem erschossenen Studenten in Berlin passiert ist. Die hätte ebensogut am nächsten Tag in Hamburg passieren können. Da haben dann die Scharfschützen auf den Dächern gestanden. Und ich hab' ja bis zuletzt versucht, den Besuch dieses furchtbaren Schahs zu verhindern. Den Toten kann kein Bedauern lebendig machen. Ich hab' mit Frau Ohnesorg später darüber viel geredet. Das sage ich natürlich auch jetzt ganz offen und ungeschützt: Die Studentenbewegung, also der Aufstand gegen das Establishment, wie die das damals nannten, hatte nun seinen Märtyrer und hat damit natürlich einen ungeheuren Auftrieb gewonnen. Aber es war eben von Anfang an zum Scheitern verurteilt, weil in dem Soziologen- und Politologenghinesisch, mit dem die sich damals öffentlich kundtaten, keinerlei Verbindung zum normalen Bürger, zu dem, was man das Volk nennt, hergestellt werden konnte. Rudi Dutschke – das ist eine meiner schönsten Früchte aus diesem bösen Acker – ist später ein richtiger Freund von mir gewesen, fast ein Sohn. Mit dem habe ich darüber oft gesprochen. Ich hab' gesagt: Wenn ihr ein bißchen mehr Deutsch gesprochen hättet und ein bißchen mehr eingegangen wärt auf die tatsächlichen Verhältnisse damals, dann hätte das einen gewissen Erfolg gehabt. Es hat natürlich trotzdem

einen Erfolg gehabt. Denn seit dieser Geschichte wird über vieles sehr viel offener geredet. Ohne diese Geschichte wäre es sicher nicht zu einer sozialdemokratischen Bundesregierung gekommen. Also, das ist eine schwierige Gemengelage.

### In der ersten Erklärung zum Tod von Ohnesorg hieß es, Sie stünden voll hinter der Polizei. Wann kamen Ihnen erste Zweifel?

Das kann ich fast genau sagen: also 24 oder 48 Stunden nachher. Und zwar, als ich feststellte, daß der Polizeipräsident mich belogen hatte. Den hab' ich auch sofort beurlaubt.

### Die Geschichte vom Querschläger?

Ja, die Querschläger-Geschichte. Das hat der mir doch danach dienstlich vorgetragen. Politisch gesehen, war es die Fehleinschätzung der Motive überhaupt. Die Motive, die letzten Endes dahintersteckten und die sie eben auch so schlecht artikuliert haben, nämlich ihre Argumentation: Es ist unerträglich, daß wir hier in West-Berlin praktisch eine amerikanische Garnisonstadt sind und mit Worten wie Freiheit in der Gegend rumwerfen. Und das sind die gleichen Amerikaner, die zur selben Zeit über Vietnam Napalm abwarfen. Zu Ostern 1968 habe ich dann – wieder ausgelöst durch eine Gewalttat, das Attentat auf Rudi Dutschke – die Hauptrede bei der Kundgebung auf dem Hamarskjöld-Platz gehalten. Ich bin oft gefragt worden, wann ich mich mal wirklich gefürchtet habe. Das ist so ein Punkt, wo ich mich wirklich entsetzlich gefürchtet habe. Denn ich hatte ja keine Ahnung, wie die Studenten da unten es honorieren würden, daß ich da auftrat. Und das haben sie ja dann auf eine merkwürdige Weise angenommen. Also von da an ist das einigermaßen wieder ins Lot gekommen.

### Sie sagten bei Ihrem Rücktritt vor dem Abgeordnetenhaus: „Ich war am schwächsten, als ich am härtesten war, in jener Nacht des 2. Juni, weil ich dort objektiv das Falsche tat.“ Wo hätten Sie gewissermaßen mehr Schwäche zeigen sollen?

Naja, überhaupt die harte Reaktion. Jetzt meine ich gar nicht die der Polizei, das ist ja sowieso so schwer kontrollierbar, da sollen Leute vorsichtig sein mit Beurteilungen. Da haben wir ja Hunderte von Beispielen. Sondern, daß man selber glaubte, und das war das Falsche, daß man mit Repression und mit einer Konfrontation in irgendeiner Weise diese Bewegung – oder wie immer man das nennen will – aufhalten oder gar kaputt machen könnte. Das war der Fehler. ●



Die Fronten verhärteten sich: 1969 wurden auch in Heidelberg die Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und Polizei radikaler.